

Bodo Pieroth/Katrin Haghgu

**Stärkung der Rechte  
der Abgeordneten und der Opposition  
im Landesverfassungsrecht**

---

LIT

# Inhalt

Vorwort .....	1
Abkürzungsverzeichnis .....	3
A. Neuere Entwicklungen des Landesverfassungsrechts .....	5
B. Der Gesetzentwurf der FDP-Fraktion .....	7
I. Beschränkung des Rederechts der Mitglieder der Landesregierung .....	7
II. Antwortpflicht, Aktenvorlagepflicht und Pflicht zur Gewährung des Zugangs zu öffentlichen Einrichtungen .....	8
1. Antwortpflicht .....	8
2. Aktenvorlagepflicht und Pflicht zur Gewährung des Zugangs zu öffentlichen Einrichtungen .....	9
3. Schranke .....	9
III. Unterrichtungspflicht .....	10
IV. Rechtsstellung der Opposition .....	11
V. Art. 67 NRWVerf. ....	11
C. Die Verfassungsrechtslage nach dem Grundgesetz und den Landesverfassungen .....	12
I. Das Rederecht der Mitglieder der Regierung .....	12
1. Art. 43 Abs. 2 GG .....	12
a) Der Inhalt des Rederechts .....	12
b) Die Grenzen des Rederechts .....	14
c) Das Rederecht in der parlamentarischen Praxis .....	15
2. Das Rederecht in Art. 45 Abs. 1 NRWVerf und den anderen Landesverfassungen .....	17
3. Bewertung .....	19
4. Vereinbarkeit mit dem Homogenitätsprinzip .....	20
II. Fragerecht und Antwortpflicht .....	23

1. Fragerecht des einzelnen Abgeordneten und Antwortpflicht der Bundesregierung nach dem Grundgesetz .....	23
a) Verfassungsrechtliche Grundlagen einer Antwortpflicht.....	24
aa) Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zum Informationsrecht des Parlaments ....	25
bb) Schrifttum .....	27
b) Grenzen der Antwortpflicht .....	28
2. Fragerecht und Antwortpflicht in den Landesverfassungen .....	32
a) Die Verfassungsrechtslage bei fehlender ausdrücklicher Normierung von Fragerecht und Antwortpflicht.....	32
aa) Herleitung der Antwortpflicht aus dem verfassungsrechtlich gewährleisteten Status des Abgeordneten .....	33
bb) Grenzen der Antwortpflicht.....	35
b) Ausdrückliche Normierungen der Antwortpflicht in den Landesverfassungen und die Rechtsprechung der Landesverfassungsgerichte.....	39
aa) Die Pflicht zur vollständigen Beantwortung nach bestem Wissen.....	41
bb) Die Schranke der wesentlichen Beeinträchtigung der Funktionsfähigkeit der Landesregierung	42
cc) Die Schranke der wesentlichen Beeinträchtigung der Eigenverantwortung der Landesregierung.....	43
dd) Die Schranke der Verletzung schutzwürdiger Interessen Dritter .....	44
ee) Die Begründungspflicht.....	48
c) Die verfassungsgerichtliche Durchsetzung der Antwortpflicht .....	50
3. Bewertung.....	52

III. Das Recht auf Aktenvorlage und Zugang zu öffentlichen Einrichtungen.....	53
1. Akteneinsichtsrechte und Zugangsrechte nach dem Grundgesetz .....	53
a) Das Beweiserhebungsrecht des Untersuchungsausschusses.....	54
b) Die besonderen Befugnisse des Petitionsausschusses.....	58
c) Kein allgemeines Aktenvorlage- und Zugangsrecht nach dem Grundgesetz.....	59
2. Die Normierungen des Rechts auf Akteneinsicht und Zugang zu öffentlichen Einrichtungen in den Landesverfassungen.....	60
a) Das Recht der Ausschussminderheit in den parlamentarischen Untersuchungsausschüssen.....	60
b) Aktenvorlagerechte und Zugangsrechte anderer Ausschüsse.....	62
aa) Die Vollständigkeit der Aktenvorlage.....	65
bb) Die Schranken der Pflicht zur Aktenvorlage.....	65
cc) Die Abwägung im Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes.....	67
3. Bewertung.....	68
IV. Die Unterrichtungspflicht .....	70
1. Im Grundgesetz normierte Unterrichtungspflichten .....	70
2. Unterrichtungspflichten in den Landesverfassungen.....	71
3. Bewertung.....	76
V. Die verfassungsrechtliche Stellung der Opposition.....	78
1. Die Stellung der Opposition nach dem Grundgesetz.....	78
a) Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts ...	78
b) Die Diskussion um die Positivierung.....	80
2. Die Normierung der Rechtsstellung der Opposition in den Landesverfassungen .....	82

a) Die Opposition als wesentlicher Bestandteil der parlamentarischen Demokratie .....	85
b) Der Oppositionsbegriff in den Landesverfassungen .....	86
aa) Der formale Oppositionsbegriff .....	87
bb) Der materielle Oppositionsbegriff .....	88
c) Aufgabenzuweisungen an die Opposition .....	90
d) Das Recht der Opposition auf Chancengleichheit .....	92
aa) Besondere Rechte der Oppositionsfraktionen .....	92
bb) Die Rechtsprechung der Landesverfassungsgerichte zum Recht der Opposition auf Chancengleichheit .....	94
3. Bewertung .....	97
VI. Art. 67 NRWVerf. ....	97
 Anhang 1: Gesetzentwurf der Fraktion der FDP .....	 99
Anhang 2: Einschlägige Vorschriften der Verfassungen der Länder .....	101
Literaturverzeichnis .....	124